

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro
Quartal erst. Bestellgeb. Bestel-
lungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Berlin S. 59, Stollhofstraße 23 I.

Anserate
pro vierstellige Beilagsseite 30 Pf.,
Stellungsliste 20 Pf.; für Ver-
bandsmitglieder 20 Pf., Verammlungs-
anzeigen je 10 Pf. Privat-
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 51.

Berlin, den 15. Dezember 1906.

22. Jahrgang.

An die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Am 25. und 26. Januar 1907 findet ein Außerordentlicher Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands in Berlin statt mit der Tagesordnung: „Der Gesetzentwurf betreffend die gewerblichen Berufsvereine“.

Der Kongreß beginnt am 25. Januar morgens 9 Uhr.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

C. Legien, Berlin SO. 16, Engelstraße 15.

Außerordentlicher Gewerkschaftskongreß.

Der dem Reichstage zur Beschlußfassung vorgelegte „Entwurf eines Gesetzes, betreffend gewerbliche Berufsvereine“, ist für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft von so großer Bedeutung, daß eine Stellungnahme aller gewerkschaftlichen Organisationen dringend geboten erscheint. Die Vorlage, die nach der ersten Beratung im Plenum des Reichstags an eine Kommission verwiesen ist, enthält Bestimmungen, die, sobald sie Gesetzeskraft erlangen, geeignet sind, alle gewerkschaftlichen Organisationen ohne Unterschied aufs schwerste zu schädigen. Weil es sich um einen gesetzgeberischen Akt handelt, der die Interessen der gesamten Arbeiterklasse berührt, so hielt es die Generalkommission für geboten, die gewerkschaftlichen Organisationen aller Richtungen zu einem gemeinsamen Vorgehen und zur gemeinsamen Einberufung eines Gewerkschaftskongresses zu veranlassen.

Sie machte deshalb dem Generalrat der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften und dem Vorstand des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften den Vorschlag, einen Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands in Gemeinschaft mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands einzuberufen und den Aufruf zur Beschickung des Kongresses mit zu unterzeichnen.

Der Generalrat der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften erklärte sich sofort zu einem solchen Vorgehen bereit, sofern es gelingen sollte, auch den Vorstand des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften hierzu zu veranlassen.

Dieser verzögerte zunächst die Entscheidung, lehnte dann aber den Vorschlag am 7. Dezember unter dem Vorwand ab, daß auf die Tagesordnung des sogenannten nationalen „Arbeiter“-Kongresses, der am 20. Januar in Berlin stattfindet, der Punkt: „Der Gesetzentwurf, betreffend die gewerblichen Berufsvereine“, noch nachträglich gestellt werden solle. Der Vorwand entbehrt insofern aller Stichthaltigkeit, als der sogenannte nationale Arbeiterkongreß nur einen winzigen Teil gewerkschaftlicher Organisationen umfaßt und hauptsächlich eine Vertretung der konfessionellen „Arbeiter“-Vereine (der evangelischen und der katholischen „Arbeiter“-Ver-

eine und des antijemitschen Handlungsgehilfenverbandes) ist. Die Gesetzesvorlage aber betrifft ausschließlich die gewerkschaftlichen Organisationen und diese sind in erster Linie berufen, ein Urteil über ihn abzugeben.

Unter einem nichtigen Vorwand haben sonach die Vertreter der Christlichen Gewerkschaften es zurückgewiesen, mit der Arbeiterschaft, die anderen Gewerkschaftsgruppen angehört, in dieser Lebensfrage der gewerkschaftlichen Organisationen gemeinsame Sache zu machen. Damit dürfte aufs neue erwiesen sein, daß mit den Christlichen Gewerkschaften nicht bezweckt wird, der Sache der Arbeiter zu dienen.

Der Generalrat der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften hatte in seiner Sitzung vom 6. Dezember beschloffen, nur an einem Gewerkschaftskongreß sich zu beteiligen, der von den Zeitungen der drei Gewerkschaftsgruppen einberufen wird.

Somit sind wiederum die der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften genötigt, allein die Interessen der Arbeiterschaft wahrzunehmen und auf die Mithilfe der anderen Gewerkschaftsgruppen verzichten zu müssen.

Wenngleich nunmehr die Einberufung des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses von der Generalkommission allein erfolgt, so steht den Vertretern der anderen Gewerkschaftsgruppen der Zutritt zu dem Kongreß nach wie vor offen. Zu ihm sollen Zutritt haben die Vertreter aller gewerkschaftlichen Organisationen (d. h. solcher Organisationen, die entsprechend dem § 152 der Gewerbeordnung eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eventuell auch mittels Einstellung der Arbeit erreichen), die mit uns darum kämpfen wollen, daß die Gesetzgebung sich nicht gegen die Arbeiter richtet, sondern zugunsten der Arbeiter gestaltet wird.

Für die der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften werden für die Wahl der Delegierten die Bestimmungen zu gelten haben, die für die regelmäßigen Kongresse gelten. Die Vorstände der Zentralverbände werden ersucht, die Wahlen unverzüglich auszusprechen. An die gesamten Mitglieder dieser Organisationen richten wir das dringende Ersuchen, in allen Zweigvereinen, auch in den kleinsten, Versammlungen einzuberufen, in welchen über den Gesetzentwurf beraten wird.

Die von den Zweigvereinen gefaßten Beschlüsse sind dem Vorstande des Verbandes sofort zu übermitteln. Dieser wird sie dem Reichstage zur Kenntnis bringen.

Weitere Mitteilungen über den Kongreß und die Versammlungen erhalten die Zweigvereine von den Vorständen zugesandt.

Das Kongreßlokal, die Namen der Referenten und die Adresse des Lokalkomitees für den Kongreß werden rechtzeitig bekannt gegeben werden. Die Generalkommission.

Aufruf an alle Mitglieder des Buchbinder-Verbandes.

Kollegen und Kolleginnen!

Die Grundlage für ein „neues Arbeiterrecht“ soll der „Gesetzentwurf betreffend gewerbliche Berufsvereine“ bilden, wie der Staatssekretär Graf v. Posadowsky im Reichstage erklärte.

Welcher Art diese Grundlage ist, können die Mitglieder aus dem in Nr. 49 der „Buchbinder-Zeitung“ veröffentlichten Gesetzentwurf ersuchen. Wird dieser Entwurf Gesetz, was bei dem schwankenden Verhalten der bürgerlichen Parteien nicht ausgeschlossen erscheint, so ist allerdings eine „Grundlage“ geschaffen, aber nicht für ein neues Arbeiterrecht, sondern für ein

Arbeiternebelungsrecht,

wie es schlimmer nicht gedacht werden kann.

Kollegen und Kolleginnen! Wollt Ihr ein solches „Arbeiterrecht“?

Wollt Ihr, daß uns von Polizei wegen vorgeschrieben wird, welche Berufsangehörige wir organisieren dürfen und welche nicht?

Wollt Ihr, daß wir solche Kollegen und Kolleginnen, die vielleicht durch „Schwarze Listen“ der Arbeitgeber geächtet, keine Arbeit mehr in unserem Gewerbe erlangen konnten und daher einen anderen Beruf ergreifen mußten, von „Rechts wegen“ aus unserem Verbands ausschließen müssen?

Wollt Ihr, daß Berufsangehörige vor dem vollendeten 16. Lebensjahre nicht als Mitglieder aufgenommen werden dürfen und damit besonders die jugendlichen Arbeiterinnen des Schutzes der Organisation verloren gehen?

Wollt Ihr, daß Mitglieder unter 21 Jahren, mögen sie noch so tüchtig und befähigt sein, weder stimmberechtigt noch von „Rechts wegen“ fähig sein sollen, ein Vorstandsamt zu bekleiden?

Wollt Ihr den Verbänden gesetzlich verbieten lassen, Verträge zu Schutz und Trutz gegen die Machtgelüste der Unternehmer abzuschließen oder gegenseitige Solidarität durch Zuwendung von Unterstützungen zu üben?

Wollt Ihr den Unternehmern das Recht einräumen, durch käufliche Subjekte sich jederzeit das Mitgliederverzeichnis des Verbandes und seiner Zahlstellen zu verschaffen?

Wollt Ihr, daß den Behörden die Jahresberichte und die dazu gehörigen Belege im „polizeitechnischen Sinne“ zur Kenntnis gebracht, d. h. ausgeliefert werden sollen, wodurch den Organisationsvorständen unabsehbare Scherereien erwachsen werden?

Wollt Ihr den Verbänden das ihnen bisher uneingeschränkt zustehende Recht benommen wissen, in schweren Zeiten die Mitglieder zur Zahlung von Extrabeiträgen zu verpflichten?

Wollt Ihr, daß durch ein solches „Arbeiterrecht“ jeder Verband mit mathematischer Sicherheit in einer vorauszuberechnenden Frist von dem Unternehmertum zum Weisbluten gebracht werden kann?

Wollt Ihr, daß jedem übelwollenden oder gefauften Mitglied das gesetzliche Recht zusteht, die Beschlüsse der Mitgliederversammlungen durch

gerichtliche Klage

anfechten und damit jede Tätigkeit der Organisation lahmlegen zu können?

Wollt Ihr, daß den Gewerkschaften die Schadenersatzpflicht für den Unternehmern zugefügten Schaden auferlegt u. a. ihnen damit fast jede ernsthafte, auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gerichtete Tätigkeit unterbunden wird?

Wollt Ihr, wenn der Verband gegen die Bestimmungen des „neuen Arbeiterrechts“, System Kosadovsky, verstößt oder, wenn er einen Streik der Arbeiter der Wasserwerke, der Elektrizitätswerke, der Gasanstalten, der fiskalischen Betriebe, der Bergarbeiter, der Seeleute oder der Eisenbahner unterstützt, daß dem Verbandsmitglied die „Rechtsfähigkeit“ entzogen und das Verbandsvermögen beschlagnahmt werden kann?

Und wollt Ihr endlich für alle diese „Wohltaten“, welche Euch die Reichsregierung mit ihrem famosen „neuen Arbeiterrecht“ beschern will, auch noch das Verbandseinkommen, also Eure Beiträge der Steuerpflicht unterwerfen lassen?

Wollt Ihr dies nun alles, Kollegen und Kolleginnen?

Eure Antwort wird sein, des sind wir sicher, ein

vieltausendstimmiges Nein!

Doch dieses „Nein“ darf nicht im stillen Kämmerlein geblüht werden, sondern muß aus allen Zahlstellen dröhnend erschallen. Wir fordern daher alle Bevollmächtigten hiermit auf, überall Mitgliederversammlungen einzuberufen mit der Tagesordnung:

„Der Gesetzentwurf betreffend die gewerblichen Berufsvereine“

um wichtigen Protest gegen das neue Arbeiternebelungs-gesetz zu erheben. Die angenommene Resolution wolle man unter Angabe der Mitgliederzahl der Zahlstelle an uns einzusenden.

Almosen.

Von Paul Junka.

Einzig autorisierte Uebersetzung von Wilhelm Thal. (Nachdruck verboten.)

„Wir haben nichts für Sie, mein Fräulein, gar nichts . . . gar nichts . . . Kommen Sie gelegentlich wieder mit heran.“

Jacinthe Havel senkte den Kopf und ging hinaus. — Wie oft hatte sie seit endlosen Wochen diese trostlose, jede Hoffnung vernichtende Phrase gehört, deren graufame Tragweite die, die sie aussprechen, nicht einmal vermuten!

Das junge Mädchen wanderte mit müden Schritten der Rue de la Chaîse hinter bis zum Quai du Bon Marché, wo sie sich abseits auf eine Bank setzte, um sich auszuruhen und ihre Gedanken zu sammeln, die infolge der erneuten Enttäuschung in Unordnung geraten waren.

So war es also überall dasselbe! — Alle Agenturen, alle Gesellschaften, die sich mit der Stellenermittlung befassen, wiederholten um die Wette dieselbe trostlose Verneinung und verweigerten ihr mit empörendem Gleichmut die Möglichkeit, sich das Stück Brot zu erwerben, von dem sie hätte leben können!

Wiederkommen! Das war leicht gesagt. Doch je mehr Zeit verfloß, um so schwieriger

Um dem Protest auch sonst Nachdruck zu verleihen und um den Parteien des Reichstages über die wahre Stimmung der Gewerkschaftsmitglieder keinen Zweifel zu lassen, wird von der Generalkommission der Gewerkschaften ein **Außerordentlicher Gewerkschaftskongreß** zum 25. und 26. Januar nach Berlin einberufen, zu dem unser Verband 7 Delegierte zu entsenden berechtigt ist. Da die Zeit für eine Wahl der Delegierten durch Urabstimmung der Verbandsmitglieder zu kurz bemessen ist und lediglich der bewußte Gesetzentwurf auf der Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses steht, so empfehlen wir im Einverständnis mit dem Ausschuß den Verbandsmitgliedern, in den einzuberufenden Protestversammlungen der Zahlstellen sich damit einverstanden zu erklären, daß die Vertretung des Verbandes Delegierten übertragen wird, die vom Verbandsvorstand und Ausschuß gemeinsam dazu gewählt werden.

Daß der neue Anschlag gegen die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung zur Ausrüttung der unorganisierten Berufsangehörigen in wirksamer Weise benutzt werden muß, bedarf kaum der Erwähnung.

Der Anschlag auf die Arbeiterbewegung muß durch die Arbeiterklasse zu schauen gemacht werden.

**Daher auf zum Protest!
Nieder mit dem Arbeiternebelungs-Gesetzentwurf!**

Der Verbandsvorstand.

Warschauer Brief.

Wenn ich in meinem letzten Berichte, worin ich auf den Ausstand der in den hiesigen Papierwarenfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hinwies, am Schlusse bemerkte, daß der Streik für die in Betracht kommenden Kollegen und Kolleginnen sehr günstig stehe, so haben die Ereignisse der letzten Tage dieses Verlauf bestätigt.

Nach einer Dauer von nur zehn Tagen hat der Ausstand mit einem vollen Erfolg für die daran beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen geendet. Wenn nun auch die gestellten Forderungen nicht in ihrem ganzen Umfange bewilligt wurden, so kann die Warschauer Kollegenschaft doch mit Befriedigung auf den Verlauf der Bewegung zurückblicken.

Sie hat zunächst für alle am Ausstand Beteiligten nicht unwesentliche Lohnerhöhungen im Gefolge gehabt. So sind z. B. die Löhne der gesamten männlichen Arbeiter um mindestens einen Rubel (2,15 Mk.) pro Woche erhöht worden. Bei einzelnen Kategorien von Spezialarbeitern (Beschneider, Presser) sind sogar teilweise Erhöhungen von 1½ Rubel pro Woche erzielt worden.

wurden die Mittel, die geringfügigen und doch so unerläßlichen Hilfstuppen ihrer Bemühungen nutzten sich immer mehr ab. Jacinthe streckte den Fuß aus dem grauen Kleide hervor, das noch einige Tage anständig erscheinen würde und betrachtete melancholisch den kleinen Stiefel mit der dünnen Sohle, die sich loszulösen drohte.

Und nichts, nichts, was auf eine bessere Zukunft zu hoffen gestattete! Seit ungefähr zwei Monaten, da sie ihre Stellung als Klavierlehrerin in einer Pension der Banneise verloren, konnte Jacinthe trotz ihrer Bemühungen, ihrer beständigen Gesuche keine ähnliche Stellung, ja nicht einmal Lektionen finden, die es ihr ermöglicht hätten, sich in Geduld zu finden.

Als sie an diesem Morgen die Miete für ihr kleines Zimmer vorausbezahlt, blieben ihr vierzig Franc, zwei Goldstücke, die sie nur mit Bedauern herauszog, denn sie sah den entsetzlichen Moment, wenn ihre Börse ganz leer sein würde, jetzt schon voraus. Und was wollte sie dann anfangen?

Mein Gott! Wie unbegreiflich und mörderisch ist doch das Leben für die jungen Geschöpfe, die hier auf Erden allein stehen!

Während sie diesen trostlosen Monolog fortsetzte, war die Nacht hereinbrochen, eine feuchte Frühlingsnacht, in der noch eine leichte Helle zitterte, die flüchtigen Lichter auf die

Ebenfalls sind den Arbeiterinnen durchweg Zulagen von 50 bis 75 Kopfen, also 1 Mk. bis 1,50 Mk., pro Woche zugestanden worden. Arbeiterinnen von 12 bis 14 Jahren, sogenannte Bohnmädchen, welche bisher mit 1½ Rubel pro Monat entlohnt wurden, erhalten jetzt 1 Rubel pro Woche und Arbeiterinnen im Alter von 14 bis 16 Jahren 2 Rubel pro Woche. — Dieselben wurden bisher meistens mit 3 Mk. monatlich entlohnt. Speziell diese jüngeren Arbeiterinnen wurden, genau so wie es auch bei uns in Deutschland der Fall ist, auf geradezu skandalöse Art und Weise ausgebeutet. Wenn man in Betracht zieht, daß von sämtlichen in den hiesigen Papierwarenfabriken beschäftigten Arbeiterinnen zum mindesten 20 Proz. derselben im Alter von 12 bis 16 Jahren stehen, dann wird man zugeben müssen, daß es hohe Zeit war, die bisher übliche Entlohnung einer Revision zu unterwerfen. Es ist ja satzungsbekannt, daß die russische Regierung in sozialpolitischer Hinsicht noch viel rückständiger ist als die deutsche. Und da hier irgendwelche Gesetze zum Schutze der minderjährigen Personen beiderlei Geschlechts nicht existieren, so bestehen es natürlich die Arbeitgeber hierzulande mindestens ebenso gut wie anderwärts, daraus den größtmöglichen Nutzen zu ziehen. Aus diesem Grunde waren daher die hiesigen gewerkschaftlichen Organisationen genötigt, der Entlohnung dieser minderjährigen Personen ihre ganze Aufmerksamkeit zu widmen. Ich will gleich hinzufügen, daß der Prozentsatz der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen in vielen anderen Berufszweigen noch ein weit höherer ist als in unserem Gewerbe. Wenn auch im großen und ganzen hier noch sehr viel zu tun übrig bleibt, dann ist doch nicht zu verkennen, daß durch das Eingreifen der einzelnen Organisationen sehr große Vorteile erzielt wurden.

Ein weiterer Erfolg der Lohnbewegung ist der, daß von jetzt ab sämtliche Feiertage — und deren gibt es nicht wenige — sowohl den im Lohn als auch den im Akkord beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen bezahlt werden.

Außerdem erhalten alle am Streik beteiligt gebliebenen Personen die zehn Tage, welche der Streik gedauert hat, nach den alten Lohnsätzen bezahlt. Dieses alles zusammengenommen läßt deutlich erkennen, daß unsere Warschauer Kollegen und Kolleginnen durch diesen kurzen Ausstand nicht unwesentliche Verbesserungen erreicht haben.

Ein Vorkommnis während des Streiks, welches für die hiesigen Verhältnisse ganz besonders charakteristisch ist, soll jedoch noch besonders hervorgehoben werden.

Ich erwähnte bereits in meinem letzten Bericht, daß seitens der hiesigen Polizei fast täglich umfangreiche Verhaftungen vorgenommen werden. Leider hat auch die Bewegung unserer Berufsangehörigen einige Opfer gefordert.

Bier Tage n-h Beginn des Ausstandes wurden nämlich zwei Mitglieder der Streikkommission, während sie mit dem Inhaber der Papierwarenfabrik „Prifstol“ verhandelten, durch die Polizei, welche auf bisher noch nicht aufgeklärte Weise von der Anwesenheit derselben erfahren haben muß, verhaftet. Schon auf dem Wege zum nächsten Polizeirevier wurden die beiden Kollegen von den den

Dinge warf, die die Schatten der Dämmerung nach und nach einhüllten; in der Dunkelheit, die immer größer wurde, verwischten sich die Konturen; die Schatten versanken in dem tiefen Nebel, der reichliche Dämpfe an die Räume des Kais heftete und den durch dieses Prisma geschaute Wesen und Gegenständen ein phantastisches, traumhaftes, gespenstisches Aussehen verlieh.

Die Gasflammen waren noch nicht angezündet, Jacinthe warf einen Blick auf ihre Umgebung und zitterte heftig, als sie sah, daß sie sich an diesem Ort, der noch von unbestimmten, beunruhigenden Schatten heimgesucht wurde, allein befand.

In ihre traurige Träumerei vertieft, empfand sie plötzlich ein Gefühl der Kälte; fröstelnd erhob sie sich und schickte sich an, nach der Rue de Sévres hinunterzugehen, wo die erleuchteten Magazine eine Illusion der Wärme und Hoffnungsfreudigkeit hervorzauberten, als sich plötzlich neben ihr ein Schatten zeigte.

„Mein Fräulein, ich . . .“

Jacinthe machte eine Bewegung, als wollte sie die Furcht ergreifen, während sie doch mechanisch den Mann ins Auge faßte, der sie in dieser Weise ansprach.

Beim letzten Licht des ersterbenden Tages bemerkte sie einen jungen Mann in einem ab-

Transport begleitenden Kosaken schwer mißhandelt. Dann wurden sie nach der Zitate, dem Gefängnis für politisch Verdächtige, gebracht. Ich brauche wohl kaum zu erwähnen, daß sich die hiesigen Kollegen in großer Besorgnis um das Schicksal der Weiden befinden. Denn bis zur Stunde war es trotz wiederholter Versuche nicht möglich, etwas über den Verbleib der Genannten zu erfahren.

Wie die Polizei hier vorgeht, kann man am besten daraus ersehen, daß nach den Mitteilungen einer hiesigen, im allgemeinen gut unterrichteten Zeitung vom 20. Oktober bis 20. November dieses Jahres allein in Warschau über 21 000 (einundzwanzig Tausend) Personen wegen politischer Vergehen oder weil sie dessen verdächtig waren, verhaftet wurden. Tausende und Abertausende befinden sich darunter, welche weiter nichts verbrochen haben, als daß sie sich an irgend einem Streik beteiligten oder viellecht, wie die beiden oben erwähnten Kollegen, im Interesse ihrer Berufsangehörigen da oder dort verhandelten. Aber trotzdem frömen nach jeder derartigen Gewalttat der politischen Schergen den Organisationen immer wieder neue Scharen von Mitgliedern zu, und das ist das Wunderbare und Imponierende an der gegenwärtigen russischen Freiheitsbewegung, daß plötzlich, wie aus dem Boden gewachsen, neue Führer und Leiter entstehen. Und so hat denn auch die Revolution bis heute, trotzdem schon Tausende hingerichtet oder hinter Gefängnismauern elend umgekommen sind, den Arbeitern dieses Reiches ganz enorme Vorteile gebracht. Da ist in erster Linie die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit. Bereits in meinem letzten Briefe hob ich hervor, daß diese Arbeitszeit auch in unserem Verufe heute in allen größeren Städten eingeführt ist. Nun muß man nicht etwa glauben, daß dies von Seiten der Arbeitgeber freiwillig geschehen ist. Nur unter der Wucht der politischen Ereignisse und im ersten Schrecken darüber sahen sich dieselben gezwungen, die Arbeitszeit, welche fast überall noch 11 und 12 Stunden betrug, auf neun Stunden herabzusetzen. Gleichzeitig ist im Laufe dieser Zeit der Lohn in fast allen größeren Industriestädten des ganzen Reiches um gut 50 Prozent gestiegen, so daß er in manchen Verufen heute schon die Höhe der bei uns in Deutschland üblichen Lohnsätze erreicht, ja teilweise sogar schon überschritten hat. Als letzte und größte Erzeugnisse sind jedoch die über das ganze Land verbreiteten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zu nennen. Dieselben weisen nicht nur eine bedeutende Anzahl von Mitgliedern auf, sondern arbeiten auch so vorzüglich Hand in Hand, daß man seine helle Freude daran haben kann. Auch durch die jetzt üblichen Massenverhaftungen sind sie nicht mehr zu unterdrücken, es sei denn, daß man überhaupt alle nur vorhandenen Arbeiter und Arbeiterinnen hinter Schloß und Riegel setzt und das düstere schlechterdings nicht nur unmöglich sein, sondern der russischen Regierung schließlich auch so kostspielig werden. Auch von den Stolypinschen Rezepten, den Selbstgerichteten, kann man genau dasselbe sagen. Auch sie werden in nicht allzuferner Zeit völlig verfangen.

Es ist somit gewiß nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß die nunmehr bald zwei Jahre währende russische Freiheitsbewegung dem russischen Industrie-Proletariat in dieser Zeit allein so viele

materielle Vorteile gebracht, um welche die Arbeiterschaft anderer Länder unter normalen Verhältnissen ein Menschenalter und darüber hinaus kämpfen muß, ganz abgesehen von der politischen Umwälzung, welche unzweifelhaft folgen wird und deren Verlauf und Erfolg allerdings heute schon zu beurteilen wohl niemand imstande ist. Nur so viel steht unter allen Umständen fest: „Die russische Freiheitsbewegung ist nicht mehr aus der Welt zu schaffen, dazu ist sie schon viel zu tief in alle Bevölkerungsklassen eingedrungen. Und wenn der Weg auch noch über Tausende von Leichen geht, sie schreitet unaufhaltsam vorwärts.“

Unsere Sympathie, unsere Hoffnungen und Wünsche, aber auch unsere tatkräftige Unterstützung wird sie begleiten.
Warschau. dz.

Der Tarif in der Provinz.

II.

Die besonders eigenartig gelagerten, von den Verhältnissen der Großstädte grundverschiedenen Umstände der Provinz erfordern logischerweise auch eine dementsprechende Taktik bei Lohnbewegungen. Vor allem ist es ein Ding der Unmöglichkeit, dieselben in bestimmte Formen hineinzuzwängen zu wollen. Niemals kann sie schablonenmäßig festgelegt oder gehandhabt werden. Aus diesem Grunde können wir auch nur in ganz großen Zügen einige Grundnormen in den Bereich unserer Betrachtungen ziehen.

Als erste und unumgängliche Grundlage ist die Aufnahme einer zuverlässigen Statistik besonders zu empfehlen. — Zahlen beweisen! — Wenn Zahlen aber einen zuverlässigen Beweis liefern sollen, dann müssen dieselben logischerweise das Ergebnis gewissenhafter Angaben sein. In diesem Punkte wurde und wird heute noch sehr viel gesündigt. Bei genauer Nachprüfung der einzelnen Fragebogen muß man leider oftmals die Wahrnehmung machen, daß verschiedentlich gestunken wird. Auf das Verderbliche und Schädliche dieses Aufzugs kann nicht genug hingewiesen werden. Durch derartige falsche Angaben, über die Lohnhöhe z. B. schädigen wir uns selbst in unverantwortlicher Weise. Das aus Grund unrichtiger Angaben gewonnene statistische Material ist wertlos. Man kann auf Grund einer solchen Statistik niemals den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Forderungen formulieren. Deshalb sei nachdrücklich betont: Bei Ausfüllung statistischer Fragebogen muß mit peinlicher Gewissenhaftigkeit verfahren werden. Nur die auf solche Art gewonnenen Zahlen „beweisen!“

Es ist in den aufzustellenden Forderungen besonders darauf zu achten, so nahe wie irgend möglich an die Positionen des Allgemeinen Tarifs heranzukommen. Einzelne Positionen, z. B. die Minimallöhne, werden in den Großstädten immer etwas höher sein müssen als in der Provinz. Dagegen muß in puncto Arbeitszeit, Affordarbeit, Entschädigung für Überstunden usw. auf eine einheitliche Festsetzung hingearbeitet werden. Wo in der Provinz Affordarbeit usw. und die entsprechenden technischen Einrichtungen vorhanden sind, da müssen auch dieselben Affordpreise Platz greifen, wie solche im Allgemeinen Tarif vorgesehen

sind. Wo dagegen in der Provinz Affordarbeit vorkommt, ohne daß die zu einem rationalen Arbeiten erforderlichen technischen Einrichtungen vorhanden sind, sind der mangelhaften Einrichtung entsprechende Zuschläge zu vereinbaren. Ohne Zweifel muß für die allernächste Zukunft die Parole lauten: „Einheitliche Affordpreise!“ Wird bei Formulierung von Forderungen in allen Provinzstädten nach der angebotenen Richtschnur verfahren, dann wird ein nennenswertes Abweichen der Tarifverträge voneinander immer seltener.

Als vollständig verfehlt muß die erfreulicherweise auf dem Aussterbecat stehende Praxis gelten, daß vielfach ein viertel oder gar ein halbes Jahr vor Einreichung der Forderungen an die Prinzipale die Einzelpositionen in Mitgliederversammlungen diskutiert werden. Die Pläne wurden dadurch vorzeitig publik und war es den Prinzipalen ein Leichtes, entsprechende Gegenmaßregeln zu treffen. Es kann aber sicherlich nichts Ungeschickteres geben, als dem Gegner seine eigenen Pläne zu verraten bezu. sich in die Karten schauen zu lassen.

Der zu wählenden Lohnkommission muß natürlich unbedingt Vertrauen entgegengebracht werden. Nichts ist schädlicher und nachteiliger, als wenn die Kommission unter dem Mißtrauen einzelner zu leiden hat. Ein derartiges Mißtrauen kann unter Umständen unberechenbare Folgen nach sich ziehen. Die Zeitung ist dadurch in ihren Operationen in jeder Beziehung gehemmt. Hieraus kann erfolgen, daß die Zugeständnisse auf dem Wege friedlicher Verhandlungen weit geringer ausfallen können, als dies andernfalls der Fall ist. Es ist sogar nicht ausgeschlossen, daß dadurch eine Lohnbewegung vollständig verloren gehen kann. Darum Vertrauen und nochmals Vertrauen zu denjenigen, welche man mit dieser verantwortungsvollen Mission betraut hat. Sämtlichen dieselben ja auch verpflichtet sind, über ihr Tun und Lassen Rechenschaft abzulegen, für ihre Maßnahmen die volle Verantwortung zu tragen. Da im Verlauf einer Lohnbewegung die Situation sich mitunter ganz plötzlich verändern kann, ist es notwendig, zu entsprechenden Maßnahmen zu greifen. Solche Maßnahmen werden und können augenblicklich nicht von allen Mitgliedern verstanden werden. Da hilft nur ein festes Vertrauen. Man lerne begreifen, daß die Zeitung in solchen Wechselfällen nicht nur verpflichtet, sondern sogar gezwungen ist, zu außerordentlichen Maßnahmen zu greifen. Die Gründe, welche hierzu den Anlaß gegeben, kann die Zeitung selbstredend nicht in alle Winde hinausposaunen. Das liegt in der Natur der Sache. Hier hilft nur ein festes Vertrauen!

Als nicht mehr zeitgemäß dürfte wohl auch ein isoliertes Vorgehen einzelner Städte zu betrachten sein. Es ist im Gegenteil darauf hin zu arbeiten, mindestens einen Gau zu einem gemeinsamen Vorgehen zusammenzufassen. Wo dieses bis jetzt geschehen ist, hat es sich ganz gut bewährt. Alles, was sich aber bewährt hat, soll in Zukunft im Auge behalten und weiter ausgebaut werden. Allerdings ist auch hier keine Regel ohne Ausnahme. Wo die gegebenen Verhältnisse ein Vorgehen einer einzelnen Stadt als notwendig erscheinen lassen, da wird dies niemals zu umgehen sein. Solche Fälle werden aber

getragen, sauberen Paletot, der bis ans Kinn zugeknöpft war. Sie erblickte einen ausdrucksvollen Kopf mit großen grauen, unendlich traurig blickenden Augen und einer hohen, mit dunklen Haaren gekrönten Stirn. Mit einer seiner Handbewegungen hielt er das junge Mädchen auf und sagte:

„Mein Fräulein, haben Sie doch keine Furcht. . . . Haben Sie im Gegenteil Mitleid. . . . Geben Sie mir etwas, wenn es auch noch so wenig ist, damit ich mir heute Abend ein Stück Brot kaufen kann. Ich habe seit gestern früh nichts gegessen!“

Diese dumpfe und tiefe Stimme, die die innere Empörung gegen die Demütigung des Armen verriet, bewegte Jacinthe tief; sie suchte in ihrer Tasche und sagte:

„Von ganzem Herzen. . . wenn ich selbst auch arm bin. . .“

„Darum wende ich mich eben an Sie,“ versetzte der seltsame Bettler sofort, „den ganzen Tag bin ich herumgerirt, von dem Hunger weiter gejagt, dem gräßlichen Hunger, der in den Eingeweiden wühlt. . . . Gott er spare es Ihnen, diese Qual niemals kennen zu lernen. . . . Ich wagte nicht, um etwas zu bitten; ich wußte nicht, wie man betteln muß. . . . Dann bin ich hierher gegangen, denn ich hoffte, die Kleinen, die in diesen Alleen spielen, würden hier eine

Brotkruste fallen lassen, irgend etwas, ein Stück ihres Vesperbrotes. . . diese elende Hoffnung ist nicht in Erfüllung gegangen. . . dann sah ich Sie trümmert auf dieser Bank Platz nehmen, Ihr sanftes, von Sorgen verdürrtes Gesicht — jedenfalls materielle Sorgen, die ich nur zu gut kenne — flößte mir neues Vertrauen ein, und plötzlich kam mir der Gedanke, Sie müßten gut sein. . . . Sie würden mein Leiden besser als sonst jemand verstehen. . . . Seit Sie sich gesetzt haben, habe ich mich dort hinten versteckt gehalten, denn ich konnte mich nicht entschließen, Sie anzusprechen. . .“

Jacinthe hielt ihr Portemonnaie in der Hand; während sie es öffnete, ermannte sie sich mit Tränen in den Augen, die sie aus ihrem mitleidigen Herzen aufsteigen fühlte:

„Sie sind ohne Arbeit? Sie haben jedenfalls einen Beruf?“

Mit unsagbarer Bitterkeit schüttelte der Unbekannte den Kopf:

„Nein. . . Das wäre besser für mich. . . Ich gehöre einer jener alten Provinzfamilien an, die nur für die sogenannten freien Berufe Verständnis haben. . . Welche Ironie. . . Ich bereite mich auf das medizinische Doktorexamen vor, doch, da ich arm bin und leben muß, so war ich gleichzeitig Hilfslehrer in einer Pension. Ach, diese Hölle! Wer mir gesagt hätte, ich

würde mich einst nach ihr zurücksehnen. . . . Und doch ist es so! Da es an Schülern fehlte, hat man mich entlassen, und nun liege ich auf dem Pflaster. . . ohne Brot für heute. . . ohne Obdach für morgen!“

Auf dem Grunde der Kleinen Börse glänzten die beiden Goldstücke vor den bestürzten Augen des jungen Mädchens. Sie erinnerte sich, daß das ihr ganzes Vermögen war. Nicht das geringste Kleingeld, um die schreiende Verzweiflung dieses Unglücklichen zu lindern! Es fehlte ihr an Mut, so davonzugehen und das Vertrauen zu zerstören, das er in sie gesetzt hatte; eine Aufwallung geschwisterlichen Mitleids trieb sie zu diesem Entschluß, das dem ihrigen so ähnlich war. — Mit tiefer Bewegung, deren sie kaum Herrin war, reichte sie eines der beiden Goldstücke dem jungen Manne:

„Da — das ist alles, was ich besitze — teilen wir!“

Ueberrascht und tief bewegt zögerte der Unbekannte.

„Ich kann. . . ich darf ein solches Opfer nicht annehmen!“

„Doch, ich bitte Sie darum. . . nehmen Sie. . . ich glaube, das wird uns beiden Glück bringen. . .“

(Fortsetzung folgt.)

in Zukunft zu den Seltenheiten gehören. Man wird vielmehr bestrebt sein müssen, so nach und nach noch größere Kreise zu einem gemeinsamen Handeln zu vereinigen zu suchen. Zu dieser Richtung arbeiten die Organisationen der Unternehmer in einer Weise, der wir unsere größte Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Um nun ein Vorgehen eines größeren Kreises, sei dies nun ein Gau oder ein noch größeres Ganze, möglichst einheitlich zu gestalten, sind Gau- und Zahlstellenvorstehendenskonferenzen als sehr zweckmäßig zu empfehlen. Dieselben sind, wenn deren Notwendigkeit nicht eher erforderlich, spätestens vor Einreichung der Forderungen an die Prinzipale einzuberufen. Anlässlich solcher Konferenzen kann die zu befolgende Taktik bis in die kleinsten Details erwogen und festgelegt werden. Es kann die Nichtsamtur vorgezeichnet werden, welcher auf der ganzen Linie Folge zu geben ist. Auf diese Art wird so mancher Fehler vermieden, welcher bei nicht genügender Zustimmung der örtlichen Bevollmächtigten unterlaufen und der von nachteiligen Folgen sein kann. Den Bevollmächtigten ist ans Herz zu legen, die auf jedem Formular befindliche Rubrik „besondere sachdienliche Bemerkungen“ recht fleißig zu benutzen. Da diese Rubrik teilweise zwei Quartseiten umfasst, so ist Gelegenheit gegeben, alle auf die geplante Lohnbewegung bezüglichen Verhältnisse am Ort ausführlich zu behandeln. Geht es nicht in ausgiebiger Weise, so kann die Verbandsleitung unmöglich ein richtiges Bild gewinnen. Sie ist außerstande, zweckdienliche Ratsschläge zu erteilen, falls solche notwendig sein sollten. Es genügt eben als Information für die Verbandsleitung durchaus nicht, einige wenige, womöglich nebenfachliche Bemerkungen einzuschicken. Es muß doch ohne weiteres einleuchten, daß es der außerhalb des Operationsfeldes stehenden Verbandsleitung nur dann möglich sein kann, ein richtiges Urteil abzugeben beziehungsweise passende Ratsschläge zu erteilen, wenn dieselbe gründlich informiert ist. Es ist eben peinliche Sorgfalt und Pünktlichkeit eines jeden Funktionsinhabers unumgänglich notwendig, wenn nachteilige Folgen vermieden und mit gutem Erfolg gearbeitet werden soll. Was man unter nebenfachlichen und unwichtigen Mitteilungen in genannter Rubrik zu verstehen hat, kann hier, wie so manches andere, selbstverständlich nicht detailliert werden.

Ueber die früher übliche „Aberherrumpelungstaktik“ wollen wir doch auch einige Betrachtungen anstellen.

Als unsere Unternehmer noch nicht oder doch nur wenig organisiert waren, als man unfererseits von Tarifverträgen noch nichts wissen wollte, da war jene Taktik ein Gebot der Notwendigkeit. Die Forderungen wurden ganz unbeschränkt eingereicht. War die Antwort unbeschränkt, so wurde sofort zur Arbeitsniederlegung geschritten. War ein Streik von längerer Dauer als circa drei Wochen, dann konnte in der Regel mit Bestimmtheit angenommen werden, daß derselbe verloren sei. Es handelte sich früher darum, die gestellten Forderungen sozusagen im Handumdrehen durchzubringen. Gegenwärtig darf diese Taktik als veraltet, als nicht mehr zeitgemäß betrachtet werden. Deshalb dürfte dieselbe auch nur noch in ganz besonders gelagerten Fällen zur Anwendung kommen. Es gibt ja bekanntlich noch Zustände, die sich derartig zu spitzen, daß dieselben auf die Dauer absolut nicht mehr haltbar sind. Da bricht sich ganz plötzlich die Empörung katastrophenähnlich Bahn. In solchen Fällen muß man allerdings das Eisen schmieden, solange es heiß ist! Hier wäre verfehlt, etwa bremsen zu wollen. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß in einem solchen Ausnahmefall durch einen kühnen Handstreich eine Lohnbewegung im Handumdrehen gewonnen werden kann. Denn keine Regel ohne Ausnahme. Höchst gefährlich und von unberechenbaren Folgen kann es aber sein, einen solchen Ausnahmefall zur Regel machen zu wollen. Es können schon ergründete Verbesserungen dadurch vollständig verloren gehen. Und nicht nur dieses, sondern es können bedeutende Beschlechterungen Platz greifen. Die jahrelange, mit viel Mühe und Opfer verknüpfte Agitations- und Organisationsarbeit wird mit einem Schlag vernichtet und muß eine ebenso lange oder noch längere intensive Tätigkeit entfaltet werden, um nur wieder so weit zu kommen, als man vordem schon war.

Verstehen wir uns den Tatsachen nicht. Werfen wir Uns, nicht mehr Brauchbares in die Mumpelkammer und bringen dafür das Bessere, das Praktische in Anwendung. Daß allerdings auch trotz Anwendung von den am besten sich bewährten Mitteln Niederlagen nicht zu vermeiden sein werden, darf zugegeben werden. Die Anwendung der Klugheit und das so erprobten Taktik kann Niederlagen nicht verhindern. Außerdem kommt in Betracht, daß auch Niederlagen in mander Beziehung noch immer von Nutzen waren. Das ist aber ohne Zweifel so gut wie bewiesen, daß man in kleinen Zahlstellen verbinden muß, auf dem Wege friedlicher Verhandlungen annehmbare Zugeständnisse zu erreichen. Erst dann,

wenn diese kein Resultat zeitigen, muß zu schärferen Maßnahmen gegriffen werden. Hat man die Leberzeugung gewonnen, daß dieser Augenblick gekommen ist, dann darf man nicht ratlos hin und her schwanken. Man darf sich vor einer Arbeitsniederlegung nicht fürchten! Auch in der Provinz werden wir mit solchen Fällen zu rechnen haben. Es ist deshalb grundsätzlich, betonen zu wollen, in der Provinz darf es unter keinen Umständen zu einer Arbeitsniederlegung kommen, genau so, wie es grundsätzlich ist, so sagen, nur durch Streiks kann in der Provinz etwas erreicht werden. Am es kurz zu sagen: Die Taktik richtet sich in jeder Beziehung nach den gegebenen Verhältnissen! Die an dieser Stelle behandelten Grundnormen können auf Gattungen und ähnlichen Zusammenkünften ausführliche, bis in die kleinsten Details gehende Erörterung finden. Lernen wir in diesem Punkte von unseren Unternehmern, denn bei jeder Lohnbewegung tritt immer mehr und mehr die Erscheinung zutage, daß man in jenen Kreisen beizeiten alles vortrefflich vorbereitet hat.

Die Unternehmerorganisation zieht immer weitere Kreise in ihren Bereich. So haben wir seit einigen Jahren einen Verband badischer Buchbinderbesitzer und viele andere entstehen sehen. Derartigen Neubildungen von Unternehmerorganisationen müssen wir eine besondere Aufmerksamkeit schenken. Dieselben bringen das Bestreben zum Ausdruck, das Unternehmertum immer stärker und mächtiger zu machen.

Es seien an dieser Stelle noch einige Bemerkungen über die an Behörden zu richtenden Eingaben gemacht. Nach Abschluß eines Tarifvertrages ist zu empfehlen, an die zuständigen Behörden entsprechende Eingaben zu richten. Dieselben sind von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern zu unterzeichnen. Man kann es nur gut heißen, wenn die tariftreuen Unternehmer den Behörden zur besonderen Berücksichtigung empfohlen werden. Wo solche Eingaben an die Behörden gemacht sind, da hat man nur gute Erfahrungen gemacht. Es gilt natürlich als Voraussetzung, daß die in Betracht kommenden Behörden solchen Eingaben das erforderliche Maß von Verständnis entgegen bringen. Auf eine Genehmigung, die bei Einreichung von solchen Eingaben zu gewärtigen ist, sei besonders hingewiesen. Es kann bei Einreichung solcher Eingaben seitens der Prinzipale der Wunsch aufstehen, nur eine Buchbindereien als tariffreie Firmen zu empfehlen. Dagegen sollen dann Buch- und Steindruckereien und sonstige Betriebe, welche die Buchbinderei als Nebenbetriebe angefügt haben, davon ausgeschlossen sein. Dieser Umstand ist besonders zu beachten. Größtenteils findet der Tarif in den letzteren Betrieben leichter seine Anerkennung, als es in den reinen Buchbindereien der Fall ist. Für uns kann oder muß logischerweise jede Firma, die den Tarif anerkennt, als tariffrei gelten, gleichviel, ob dies reine Buchbindereien oder andere Betriebe, welche letztere lediglich als Nebenbetrieb betrachten, sind. Bei solchen Anlässen tritt das Bestreben der Buchbinderbesitzer zutage, die behördlichen Arbeiten an sich zu ziehen. Dieses Bestreben ist menschlich begreiflich, vielleicht sogar berechtigt. Ob es aber für sie von Vorteil ist, möchte ich bezweifeln. Außerdem kommt in Betracht, daß wir ein Eingehen auf diese Spezialwünsche der Unternehmer uns wohl gehemat überlegen würden. Wir würden zweifellos ein ziemlich bedenkliches Gebiet betreten, auf dem wir im Grunde genommen nichts zu suchen haben.

Korrespondenzen.

Nachstehende Firmen sind gesperrt: Zimmermann u. Co. in Düsseldorf, W. Börsch in Köln, Riand u. Morstadt in Lahr i. B., Jäger u. Sohn in Marnekirchen i. S. und M. Beck, Kartoppräger in Berlin.

Zugung ist fernzuhalten von: Varmen, Elberfeld, Erlangen, Guben, Herford i. B.

Vor Annahme von Arbeit nach Guben ist bei dem dortigen Vertrauensmann, Kollegen M. Guhr, Klostermann 28, Erkundigung über die Arbeitsverhältnisse einzuholen.

Die Sektion Ghr des Schweizerischen Buchbinderverbandes befindet sich in Lohnbewegung. Die Firmen G. Wolfesberger in Zürich und J. M. Meher & Söhne in Bern sind gesperrt.

Dresden. Von der hiesigen Zahlstelle waren drei große Agitationsversammlungen auf Dienstag, den 20. November, Freitag, den 23. November, und Sonnabend, den 24. November, in verschiedenen Stadtteilen Dresdens einberufen, in denen Frau A. Gradnauer am 20. und 24. November und an Stelle von Frau Käthe Dunder Genosse Dr. Dunder die Referate übernommen hatten.

„Die Frau im heutigen Wirtschaftsleben“ lautete das Thema, das Genossin Gradnauer behandelte. Die Referentin beleuchtete in vortrefflicher Weise die Schäden der heutigen Wirtschaftsweise und wies sie vor allem auf die so ungeheuer niedrige Entlohnung der Frauen und Mädchen hin. Das Mißverhältnis in der Entlohnung sei nur entstanden durch die Jahrtausende währende Entrechtung der Frauen und Mädchen. Während die jungen Burchen von Hause aus eine ganz andere Erziehung genießen und der Schule entwachsen, in den meisten Fällen einen Beruf erlernen müssen, läßt man das bei jungen Mädchen vollständig fehlen. Die Ehe wird von der Frau als Versorgungsanstalt betrachtet. Aber auch das gehört bald der Vergangenheit an, immer mehr ist die verheiratete Frau gezwungen, mit zum Erwerb beizutragen. Durch die Ausbreitung der Frauen- und Mädchenarbeit ist die Arbeiterin gezwungen, sich selbständiger zu gewöhnen. Es muß auch den Mädchen eine Erziehung werden, die der späteren Arbeiterin mehr Selbständigkeit gestattet. Wenn so die Frauen und Mädchen erzogen und ausgebildet werden, wird die Frau dem Manne nicht unterwürdig, ihm aber eine gute Kameradin werden, die mit dem Manne gemeinsam dafür eintritt, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erkämpfen. Referentin legt den Anwesenden noch warm den Zweck und Nutzen der Organisation nahe und schließt mit den Worten: Es kann für die Arbeiterin nichts Schöneres geben, als in Gemeinschaft mit dem Manne einem Ziele zuzustreben, von dem der Dichter sagt: Es ist eine Lust zu leben! Erwacht!

In ähnlicher vortrefflicher Weise behandelte Dr. Dunder das Thema: „Die Frau im wirtschaftlichen Kampfe“ in der am 23. November stattgefundenen Versammlung. Reicher Beifall lohnte beiden Referenten.

Der zweite Punkt lautete in allen drei Versammlungen: „Die gegenwärtige Lage in unseren Branchen“. Dazu sprachen die Kollegen B. Kobl, Pfüke und Lange in je einer Versammlung. Die Referenten führten den Anwesenden die Ausperrung in unseren Tarifstädten, die Ausperrung der Lithographen und Steindrucker vor Augen. Die Vandalensteuer für Zigaretten brachte uns sehr viel Arbeitslose in der Kartonnagenbranche und einen Wechsel in den Stellungen der in Mitleidenschaft gezogenen. Eine Besserung trat erst im September ein. So war das sich zu Ende neigende Jahr ein Jahr des Kampfes. Auch unsere Tarifperiode wäre eigentlich dieses Jahr zu Ende. Und Forderungen zu stellen, wären wir nur zu berechtigt gewesen, da unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchaus nicht den jetzigen teuren Zeiten entsprechen. Die noch nicht im vollen Anfange entwickelten Organisationsverhältnisse ließen es uns ratsam erscheinen, vorerst mit dem Verlangen einer Teuerungszulage an die hiesigen Prinzipale heranzutreten. Wir werden abzuwarten haben, welche Antwort uns zuteil wird, viel dürfen wir uns kaum versprechen. Unser Bestreben muß bei allen Kollegen und Kolleginnen dahin gehen, alle uns noch fernstehenden Indifferenten aufzuklären und dem Verbands zuzuführen, dann wird es uns in Wälde möglich sein, unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse so zu gestalten, wie es den örtlichen Verhältnissen und der teuren Zeit entspricht.

Die sich anschließende Debatte erfolgte im Sinne der Ausführungen der Referenten. Privatim wurde uns von vielen Arbeiterinnen der Wunsch unterbreitet, solche Versammlungen mit weiblichen Referentinnen öfter zu arrangieren. Dem wollen wir gern nachkommen. Zu wünschen wäre nur, daß solche Versammlungen noch besser besucht würden als die drei abgehaltenen.

Altona. Am Sonntagabend, den 1. Dezember fand im Vereinslokale eine außerordentliche Mitglieberversammlung statt. Die für die Zahlstelle sehr wichtige Tagesordnung: „Antrag der Vertrauensmännerversammlung auf Verschmelzung der Zahlstelle Altona mit Hamburg“ hatte die Mitglieber zahlreicher erscheinen lassen, als dies sonst der Fall ist. Der Vorsitzende, Kollege Wilhelm, begründete den Antrag. Redner führte aus: Die beiden Städte Hamburg und Altona sind ein einziges Lohn- und Wirtschaftsgebiet, nur politisch getrennt. Auch in unserer Branche sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse genau dieselben hier wie dort und bezeichnet Redner es geradezu als Unding, daß hier zwei Zahlstellen bestehen. Hinzu kommt noch, daß bei Arbeitswechsel sehr viel der Fall eintritt, daß Altonaer Mitglieber in Hamburg in Arbeit treten und auch umgekehrt, daß Hamburger Kollegen in Altona wohnen oder Stellung haben. Gegenwärtig z. B. besitzt die Zahlstelle Hamburg circa 60 Mitglieder, die ihren Wohnsitz in Altona haben. Ein weiterer Grund ist die Interessenlosigkeit der Altonaer Mitglieder. Denn wenn es gilt, einen Posten zu besetzen oder Agitationsarbeit zu verrichten, dann ist gewöhnlich keiner dafür zu haben. Ebenfalls bei Lohnbewe-

gungen muß Hamburg den größten Teil der führenden Kräfte stellen, weil in Altona an solchen, die geeignet sind, Mangel herrscht. Außerdem würde der Vorteil entstehen, daß es bei der größeren Mitgliederzahl eher möglich wäre, eine Brandeneinteilung vorzunehmen. Für diese würde ein Comana gemacht werden und Brandeneinfassungen abgehalten. Auch würde es sich für diese Brande empfehlen, einen eigenen Lohn- und Akkordtarif auszuarbeiten. Zu unserem Versammlungsleben übergehend, bemerkt der Redner, daß unsere Versammlungen gewöhnlich nur schwach besucht seien und außerdem sehr uninteressant verlaufen, da sich fast kein einziges Mitglied an der Diskussion beteiligt. Aus diesen Gründen heraus ist die Vertrauensmännerführung in ihrer Mehrheit zu dem Entschluß gelangt, die Verschmelzung mit der Zahlstelle Hamburg anzubahnen, und zwar unter folgenden Bedingungen: 1. Mit dem 1. Januar 1907 wird die Zahlstelle Altona mit der Zahlstelle Hamburg verschmolzen und führen diese Zahlstellen dann den Namen „Zahlstelle Hamburg-Altona“. 2. Der Lebertritt erfolgt auf Grund der Hamburger Geschäftsordnung und erhalten die Mitglieder derselben Rechte in Hamburg, die sie auf Grund ihrer Mitgliedsdauer in der Zahlstelle Altona haben. 3. Es wird ein „Bezirk Altona“ gebildet, in dem nach Bedarf Versammlungen abgehalten werden. Dieser Bezirk hat einen Bezirksleiter und einen Stellvertreter zu wählen, die dem Vorstande anzugehören haben. Ebenfalls stellt dieser Bezirk einen Kartelldelegierten. 4. Vorstehende Bedingungen können nur durch einen selbständigen Beschluß der Altonaer Bezirksversammlung abgeändert werden.

Zu der sehr lebhaften Diskussion, in deren Verlauf der größte Teil der Redner den Ausführungen des Kollegen Wilhelm entgegentrat, wurde zunächst festgestellt, daß die lokalen Unterstützungsätze, trotz der etwas höheren Beiträge für Kollegen, nicht unwesentlich hinter unseren zurückbleiben. Auch beginnt in Hamburg die Unterstützungszahlung erst mit dem achten Tage, während in Altona vom vierten Tage an ausgegahlt wird. Es wird befürchtet, daß, da es den meisten Altonaern wohl zu weitläufig sein werde, die Hamburger Versammlungen im Gewerkschaftshaus zu besuchen, die Interessiertheit noch größer würde und die Zählung unter den Mitgliedern verloren gehen würde. Zu hier doch ein Disstrich gebildet werden soll, in dem Versammlungen stattfinden, der seinen Leiter nebst Stellvertreter, vielleicht sogar einen Bezirksstafierer wählt, es also in vielem beim Alten bleibt, und wir dann doch so gut wie zwei Verwaltungen haben, sieht es ein Teil der Redner nicht ein, weshalb wir unsere Selbstständigkeit aufgeben sollen. Da die Mitgliederzahl sich dann auch auf mindestens 700 stellen würde und noch im Steigen begriffen ist, so würde sich in einiger Zeit die Anstellung eines Beamten nötig machen, da die Verwaltungsarbeiten zu umfangreich werden, um nach Feierabend erledigt zu werden. Dieses würde aber einen erhöhten Beitrag erfordern und würden wir dabei auf nicht geringen Widerstand stoßen. Es wurde empfohlen, unseren Beitrag auf 60 Pf. zu erhöhen, um unsere Lokalkasse vorwärts zu bringen, denn bei dem jetzigen Beitrag bleibt der Bestand ziemlich auf gleicher Höhe. Zum Versammlungsbefuch wird konstatiert, daß im Verhältnis unsere Versammlungen mindestens so gut wie diejenigen der Zahlstelle Hamburg besucht sind. Auch verlaufen letztere infolge häufiger persönlicher Reibereien sehr oft uninteressant genug, als daß sie für unsere Mitglieder eine große Anziehungskraft ausüben könnten. Mit Aufhebung der eigenen Zahlstelle wird befürchtet, da das Verbandsinteresse bei manchem Mitgliede schwinden würde, daß die Agitation darunter Schaden leidet, denn die wichtigste Agitation ist doch diejenige in der Werkstatt und sind, auch in Hamburg die Kollegen, die sich freiwillig an Agitationsarbeiten beteiligen, gerade so rar wie in Altona.

Kollege Wilhelm bemerkt im Schlußwort, daß von der Anstellung eines Beamten vorläufig keine Rede sein könne. Außerdem ist in Aussicht gestellt, daß nach dem Verbandstag 1907 den größeren Zahlstellen zu Verwaltungszwecken ein Zuschuß gewährt wird und wir dann die Anstellung eines Beamten nur freudig begrüßen können.

Die vorgenommene Abstimmung ergab für die Verschmelzung 27, dagegen 34 Stimmen. Der Antrag ist somit abgelehnt. Kollege Wilhelm forderte die Mitglieder auf, freis zu zahlreich in der Versammlung zu erscheinen und vor allem so viel wie möglich sich an den Agitationsarbeiten zu beteiligen. Für nächste Versammlung wird ein Vortrag in Aussicht gestellt, worauf die Mitglieder hingewiesen werden.

Saunau. Am 1. Dezember tagte unsere Mitgliederversammlung. Der Vorsitzende Möhle teilte zunächst mit, daß der Referent, Kollege Luft, leider verhindert ist. Auf Wunsch der Versammlung übernimmt Kollege Schmidt das Referat. Schmidt führte in einem einhalbstündigen Vortrage der Versammlung die allgemeine Lage der Eisnarbeiter vor Augen. Der Referent forderte die Kollegen zum Schluß auf,

die Versammlungen besser zu besuchen und in eine lebhafte Agitation einzutreten, um bei einer späteren gemeinsamen Lohnbewegung in erster Linie eine Vertützung der Arbeitszeit herbeizuführen. Pflücker der Kollegen wäre es auch, mit allen Mittel dabinzuwirken, daß die noch nicht organisierten 12 Eisnarbeiter am hiesigen Plage endlich auch unserem Verbands zugerechnet werden. Dann bringt er folgende Resolution ein:

„Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und ersucht den Vertrauensmann der Eisnarbeiter, mit den Eisnarbeitern der anderen Städte in Verbindung zu treten, um die Vertützung der Beschlüsse der Gewerkschaften der Eisnarbeiter betr. Regelung der Arbeitszeit, der Akkordarbeit und des Minimallohnes zu beschleunigen.“

Nach einer lebhaften Diskussion wird dieselbe angenommen.

Zum Punkt Weihnachtsgewängen bemerkt Kollege Schmidt, daß das Gewerkschaft Kartell Saunau in nächster Zeit ein deraartiges Fest plant und wird darum der Beschluß gefaßt, unsere Weihnachtsgewänge dieser Veranstaltung fallen zu lassen. Weiter ersucht Kollege Schmidt die Versammlung um Genehmigung eines Beitrages von 15 Mk. für die Arbeiterbildungskurse. Als Teilnehmer zu denselben meldesten sich die Kollegen Schmidt, August Schmidt, Möhle, Ruda, Klein und Schab. Kollege Möhle bedauert, daß schon wiederholt unsere Versammlung wegen schwachen Besuches nicht abgehalten werden konnte, weil an dem gleichen Abend interessante Vorträge im Sozialdemokratischen Verein gehalten wurden. Er ersucht die Kartelldelegierten, eine Umfrage darüber zu veranstalten, wie viele der hiesigen Gewerkschaften am Sonnabend ihre Versammlungsabende haben. Sollte sich herausstellen, daß es die Minorität ist, dann müßten wir einen anderen Versammlungsabend wählen, anderenfalls erwarten wir von der politischen Organisation dasselbe.

Leipzig. Am 4. Dezember fand im „Pantleon“ eine öffentliche Versammlung statt. Trotz Handzettel und Zirkulare entsprach der Besuch doch nicht den Erwartungen, und berüchtigt man die wichtige Tagesordnung, dann war derselbe gerabegü Mäglich zu nennen. Der erste Punkt, Vortrag des Genossen Möhle über: „Die Kriminalität der Jugend“, wurde von der Tagesordnung abgesetzt. Zum zweiten Punkt: „Stellungnahme zur Anstellung eines weiteren Beamten“ referierte Kollege Heß und stellte derselbe an der Hand eines reichen Zahlenmaterials über die Mitgliederbewegung und Massenverhältnisse der Jahre 1900 bis 1906 die Notwendigkeit der Anstellung eines zweiten Beamten für Leipzig dar.

Kollege Zinke forderte die Anwesenden auf, sich recht lebhaft an der Debatte zu beteiligen und nicht derartig wichtige Fragen in der Werkstatt oder am Bierisch unverbindlich zu lösen. Kollege Krenpfer stellte einige Ausführungen Heß richtig und erklärte die Zahlenzusammenstellung desselben als zu optimistisch. Die Quintessenz seiner Ausführungen war Ablehnung der Anstellung eines weiteren Beamten. Denselben Standpunkt vertrat Kollege Glaubig, der es als verfehlt hinstellte, bei der jetzigen Vermögenslage sich noch die Ausgaben für einen zweiten Beamten aufzuhängen und erklärte er sich für das jetzige Ausfüllsystem. Kollege Walthar machte Ergänzungen zu den Ausführungen Heß betr. die Finanzlage der Zahlstelle Leipzig, und stellte er Vergleiche an zwischen der Mitgliederabnahme nach den Lohnbewegungen 1900 und 1906. Er ist der Ansicht, daß die Anstellung eines weiteren Beamten geradezu erforderlich sei, nicht etwa in seinem Interesse, sondern nur zum Wohle der Organisation. Es sei ihm bei seiner Arbeitsüberbürdung nicht möglich, Gelegenheiten zur Agitation zu auszunutzen, als es oftmals angebracht erscheint. Kollege Maye ist im Prinzip mit der Anstellung einverstanden, zumal er überzeugt sei, daß dies auch die jetzigen Finanzen ganz gut extragen könnten. Im weiteren Verlauf seiner Rede zieht er jedoch gewaltig gegen die Beamten der Gewerkschaften, Konsumvereine und der Partei vom Leber und faßt seine Ausführungen zusammen in ein Sprüchlein: „Man bewahre uns vor dem Beamtentum, das wir uns selbst gewählt haben.“ Zum Schluß erklärte sich der Redner gegen die Anstellung und vertritt die Ansicht, daß die jetzigen Beamten auf die tatkräftige Mithilfe der nach Weihnacht zu erwartenden Gemafregelten. Kollege Otto Schröder gab der Ansicht Ausdruck, daß die Anstellung in agitatorischer Hinsicht notwendig sei und forderte die Versammlung auf, ihre Zustimmung zu der Einleitung der nötigen Schritte zu geben. Obwohl Heße im Grund großer Antipathie gegen die Beamten im allgemeinen stehe, sei er doch von der Notwendigkeit der Anstellung überzeugt und brachte er in gewohnter kerniger Weise seine Meinung zum Ausdruck. Darauf erklärte Glaubig, nicht Schwarzseher zu sein, sondern er habe seine Ausführungen nur im Interesse der Organisation ge-

macht, der er nunmehr gerade 25 Jahre mit Leib und Seele angehöre.

Nach längeren Geschäftsordnungsdebatten und nach Annahme eines Antrages auf Schluß der Debatte beschloß die Versammlung, der Ortsverwaltung aufzugeben, in nächster Zeit die Frage der Anstellung eines weiteren Beamten in Werkstattversammlungen zu ventilieren und danach eine Abstimmung darüber herbeizuführen.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: „Beschlüßfassung über die Extrasteuer“, stellte die Ortsverwaltung den Antrag, ab 1. Januar 1907 für männliche Mitglieder 60 Pf., für weibliche 25 Pf. pro Woche zu erheben. Dieser Antrag wurde ohne Debatte einstimmig angenommen, während ein weiterer Antrag keine Unterstützung fand.

Beim letzten Punkt: „Gewerkschaftliches“, angekommen, verlas Kollege Zinke zunächst den Brief eines „Kollegen“, der anlässlich der Bewegung seine Stelle wechseln mußte und seinen Unwillen über die dadurch erlittene Verschlechterung seiner Lebenslage in allerlei „Liebenswürdigkeiten“ den Organisationsleitern gegenüber Ausdruck verlieh. Einige Kollegen kritisierten darauf treffend die geradezu fleghafte Schreibweise dieses jungen Mannes und gaben ihm den Rat, sich noch weiter die Welt anzusehen und Erfahrungen zu sammeln.

Auf Anfrage aus Kollegenkreisen gab Zinke Aufschluß über den Austritt Freys aus dem Verbandsauschuß und verlas er die in dieser Angelegenheit gefaßte Resolution der Ortsverwaltung. Als nach längeren Ausführungen des Kollegen Wand als Ankläger in dieser Sache Kollege Maye das Wort erhielt, kam dieser wieder auf sein oben angeführtes Sprüchlein, was große Unruhe im Saale hervorrief. Da die größte Zahl der Anwesenden optentativ das Lokal verließ, war der Vorsitzende gezwungen, die Versammlung für beendet zu erklären.

Frankfurt a. M. In einer Versammlung des Westendbezirks sprach Gewerkschaftssekretär Kramer über: „Die Geschichte und Aufgaben der Gewerkschaften“. In klarer und durchaus leicht verständlicher Weise legte der Referent dar, wie es die Zustände durch ihre Einigkeit teilweise besser als die heutige Arbeitererschaft verstanden hat, ihren durchaus berechtigten Forderungen Geltung zu verschaffen. Sätzen sie doch allgemein durchgesetzt, daß sämtliche Forderungen bezahlt wurden, trotzdem es deren bedeutend mehr als heute gewesen sind. Auch wagt es damals kein Geselle, in einer für „schwarz“ erklärten Stadt Arbeit anzunehmen. Selbstverständlich waren schon damals die Behörden auf Seiten der Unternehmer zu finden. Auf der einen Seite hat man milde Strafungen für Unternehmerbegeben, auf der anderen Seite Schwereurteile, insbesondere bei Streikvergehen. Trotzdem geht es unauffällig vorwärts, und auch der Buchbinderverband ist von 2500 Mitgliedern im Jahre 1891 auf über 20 000 Mitglieder im Jahre 1906 gestiegen und viele Kämpfe haben Zeugnis abgelegt, daß er imstande ist, die Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen zu vertreten. Die Aussperrung in diesem Jahre hat dies aufs neue bestätigt. Die Unternehmer hatten sich die Vernichtung des Buchbinderverbandes zur Aufgabe gemacht, und nach dreizehnwöchigem Kampf mußten sie denselben als die einzige Vertreterin der Arbeitererschaft anerkennen. Eine gut organisierte Arbeitererschaft läßt nicht mehr Fangball mit sich spielen und die Organisation rauben, da sie weiß, daß sie ohne dieselbe noch mehr gedrückt und ausgebeutet wird. Jede Arbeitererschaft wird so behandelt, wie sie es verdient, das sollten sich insbesondere auch die Frankfurter Kollegen und Kolleginnen merken. Sie sollten einmal ihren Blick nach denjenigen Berufen hinwenden, wo sich die Arbeitererschaft beizeiten der Organisation angeschlossen hat und dem Unternehmertum Schritt für Schritt ein Vorteil nach dem anderen abgerungen wurde. Nicht kleinlich-egoistische oder persönliche Momente dürfen uns trennen, alle müssen das große Ziel im Auge haben: Verbesserung ihrer Lebenslage. Auch die Frauen sollten einmal nachrechnen, was ihnen der Beitrag von 55 resp. 20 Pf. einbringen kann, wenn sie ihre Männer veranlassen, dem Verbands beizutreten, anstatt zu rechnen, wie mit den jetzigen Notgeoschen am besten auszukommen sei. Selbst bürgerliche Sozialpolitiker wie Combar und Wagner erklären, daß der Arbeiter in einer mittleren Stadt unbedingt 1500 Mk. und in Großstädten 1800 Mk. verdienen müsse, um anständig leben zu können. In erster Linie ist jedoch von den organisierten Kollegen und Kolleginnen zu verlangen, daß sie mehr für ihre Organisation agitieren, anstatt jahrelang mit Unorganisierten zusammenzuarbeiten, ohne dieselben auf die Organisation hingewiesen zu haben. Wenn die Frankfurter Kollegen und Kolleginnen in dem jetzigen Tempo vorwärtschreiten, dann dürfte es noch lange dauern, bis sie eine Verbesserung ihrer gewiß nicht beneidenswerten Lage herbeiführen können. Freiwillig werden die Unternehmer ihren Arbeitern nichts bewilligen, da muß die Arbeitererschaft in geschlossener

Organisationen kommen und ihre Forderungen stellen.

In der Diskussion kommt Kollege Maß auf den „Müller-Unternehmer“ Glotz zu sprechen. Die hygienischen Einrichtungen dieses Betriebes wurden vor kurzer Zeit in der „Volksstimme“ einer Kritik unterzogen. Inzwischen hat die Gewerbe-Inspektion diesem Betrieb einen Besuch abgestattet. Beanstandungen waren genügend vorhanden. In der Mühlstraße, wo die Arbeiter organisiert sind, besteht die zehnstündige und in dem zweiten Geschäft (Kronprinzenstraße), wo niemand organisiert ist, herrscht eiffrindige Arbeitszeit; selbstverständlich haben sich die Organisierten den ganzen Haß des Herrn zugezogen. Letzte Woche erregte sich jedoch ein Vorwissen, das geeignet ist, die Arbeiter direkt zu schädigen und die Ortskrankenkasse und die Polizeibehörde veranlassen sollte, ein nachsames Auge auf die Firma zu haben. Nach Austritt eines Kollegen aus dem Geschäft stellte sich heraus, daß anstatt 36 Pf.-Inbalkenmarken, wie abgelesen, nur 30 Pf.-Marken geklebt waren. Hierauf ging der Kollege zur Ortskrankenkasse, um zu sehen, ob seine An- und Abmeldung stimmt, hier stellte sich heraus, daß er überhaupt nicht angemeldet war, trotzdem ihm für die zehn Wochen die Beiträge abgezogen wurden. Neben erfuhr die dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, sich einmal nach ihrer Anmeldung bei der Ortskrankenkasse zu erkundigen, damit sie im Krankheitsfälle keinen Schaden erleiden.

Ein anderer Redner berichtet, daß dem Kartonnagen-Fabrikanten Schmelz selbst die billigsten Kartonnagenarbeiterinnen noch zu teuer sind, weshalb er sich mehrere Dienstmädchen hält und für 10 Mk. Anfangslohn pro Monat dieselben ausbeutet. Zum Schluß ersuchte der Vorsitzende nachmals dringend, das vom Referenten Gesagte zu beherzigen und mitzuarbeiten an dem Ausbau des Verbandes, wie an seiner Ausbreitung, dann werden wir selbst mit den rückständigsten Unternehmern fertig werden.

Rundschau.

Der internationale Arbeiterkongress findet vom 25. bis 31. August n. J. in Stuttgart statt. Als Tagesordnung ist festgesetzt: 1. Vorlegung der beschlossenen vom internationalen Bureau beschlossenen Resolutionen. 2. Die Geschäftsordnung des Kongresses, die Statuten des Bureaus und der parlamentarischen Kommission. 3. Der Militarismus und die Verhinderung internationaler Konflikte. 4. Die Beziehung zwischen den politischen Parteien und den gewerkschaftlichen Organisationen. 5. Die Kolonialfrage. 6. Arbeiterauswanderung und Arbeitereinwanderung.

Der internationale Kongress der Holzarbeiter findet ebenfalls in Stuttgart statt und zwar in den Tagen vom 16. bis 17. August n. J.

Der Verband der Maler usw. beruft seine Generalversammlung nach Leipzig ein. Sie findet im dortigen Gewerkschaftshaus in der Zeit vom 8. bis 13. April n. J. statt. Zur Beratung stehen folgende Punkte: 1. Rechenschaftsbericht des Vorstandes, Ausschusses und der Redaktion des „Vereinsanzeigers“. 2. Beratung der zum Statut gestellten Vorschläge. 3. Agitation. 4. Weisungsgesetz. 5. Minimalleistung und Akkordtarif. 6. Internationale Beziehung und die Kartellverträge. 7. Wahl der Beamten. 8. Verschiedenes.

Der Textilarbeiterverband ist in jüngster Zeit mächtig gewachsen und zählt er jetzt über 100 000 Mitglieder. Die Nummer 49 des „Textilarbeiter“ erschien aus diesem Grunde in festlichem Gewande. Seit dem Februar d. J. beträgt die Mitgliederzunahme über 25 000 Köpfe. Und dies trotz Kriminalität.

Die Gewerbegerichtswahlen in der Hochburg des Zentrums, Köln, ergaben einen glänzenden Sieg der freien Gewerkschaften. Diese erhielten 16 534, die Christlichen 7610 und die Hirsch-Dunderschen 482 Stimmen. Die Zunahme der Stimmen der freien Gewerkschaften betrug über 5000, die der Christlichen 1600. Erstere erhalten 27, letztere 13 und die Hirsch-Dunderschen keine Sitze.

Aus dem Buchdruckerverband. Hierzu schreibt die „Holzarbeiterzeitung“: Eine Nachricht, welche, wenn sie auf Wahrheit beruht, die im Buchdruckerverband geübte Pflege des Massenbewußtseins in einem eigenartigen Lichte erscheinen läßt, entnehmen wir der „Bremer Bürgerzeitung“. Danach hat der seitherige Gewerkschafter im Buchdruckerverband, Emil Hallup in Halle, der seit 21 Jahren dem Verbands angehört, die neugeschaffene Stelle eines zweiten Sekretärs der Prinzipalorganisation in Leipzig angetreten. Dieses Hinüberwechseln in die gegnerische Organisation scheint der Mann für so einwandfrei und in der Ordnung zu halten, daß er auch noch weiter Mitglied seines Verbandes bleiben will.

Der kürzlich wieder erneuerte Tarif im Buchdruckgewerbe ist ja vielfach so ausgelegt worden, als ob damit eine gewisse Interessensharmonie zwischen den Unternehmern und Arbeitern dieses Berufes zum Ausdruck gekommen sei. Wenn diese Interessensgemeinschaft so weit gehen sollte, daß Mitglieder der Arbeiterorganisation die Geschäfte des Unternehmerverbandes wahrnehmen können, ohne mit ihren Pflichten als Mitglied der Gewerkschaft zu kollidieren, denn wäre damit der Bankrott des Buchdruckerverbandes ausgesprochen. Wir können deshalb an die Möglichkeit der Nachricht nicht glauben und hoffen, daß sie recht bald von zuständiger Stelle dementiert wird.

Die „Leipziger Volkszeitung“ sagt hierzu, daß diese Nachricht auf Wahrheit beruhe und ein Dementi nicht erfolgen werde. Wenn das an dem ist, dann können wir uns der Kritik nur anschließen.

Streikbrecher im Ausland anzuwerben war seit her Privilegium deutscher Unternehmer. Wöhden, Italien und Galizien wurden von deutschen Streikbrecheragenten überschwemmt, um solche nützlichen Glieder der menschlichen Gesellschaft aufzufischen. Dieses Recht beanspruchen jetzt auch ausländische Unternehmer. In Genua, in Italien, sind die Seeleute der Navigazione Generale in den Ausstand getreten und wird jetzt der Versuch gemacht, Streikbrecher in Deutschland anzuwerben. Wir hoffen, daß kein deutscher Arbeiter den Lockungen der Streikbrecheragenten Folge leisten wird.

50 Mark Geldstrafe event. zehn Tage Gefängnis und Ertragung der Kosten, das ist das Resultat einer Verleumdungssache, die der „Arbeitswillige“ Böhnhardt in Leipzig gegen den Redakteur der „Buchbinder-Zeitung“ angehängt hatte. Die Verleumdung sollte in einer sechs Zeilen großen Notiz, enthalten in dem Bericht einer am 6. Juli dieses Jahres in Leipzig abgehaltenen Versammlung, begangen worden sein. In diesem Bericht war gesagt, daß genannter B. in verschiedenen Strafanstalten, so unter anderem auch in dem Zuchthaus zu Waldheim i. S., keine unbekannt Persönlichkeit sei. Es stimmt ja, daß B. dem Zuchthaus noch keinen Besuch abgestattet hat. Dieser Verurteilung, den wir bedauern, ist entstanden durch eine unfremd Gewährrsman unterlaufene Verwechslung der einschlägigen Bestimmungen. Letzterer glaubte, die Ausstoßung aus dem Heere könne nur die Folge einer verhängten Zuchthausstrafe sein. Doch dem ist nicht so. Eine andere Tatsache verdient jedoch nicht unerwähnt zu bleiben. In der Urteilsausfertigung ist unter anderem gesagt:

„Wichtig ist, daß der Privatkläger eine größere Anzahl und zum Teil nicht erhebliche Strafen erlitten hat.“

Wie nun diese „nicht erheblichen“ Strafen ausfallen, das mag nachstehende Liste zeigen. B. hat bis jetzt verbüßt an Gefängnisstrafen: Ein Jahr, fünf Wochen, sechs Monate, eine Woche, sechs Wochen, ein Jahr, ein Jahr, fünf Jahre, neun Monate, drei Jahre, drei Jahre Ehrverlust, Verurteilung in die zweite Klasse des Soldatenstandes, sechs Jahre Gefängnis, Entfernung aus dem Heere, ein Jahr sechs Monate, zwei Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust.

Im weiteren ist in der Urteilsausfertigung gesagt:

„Aber auch dann, wenn der Privatkläger im Zuchthaus gefesselt hätte, ist noch nicht jedermann befugt, ihm dies öffentlich vorzuhalten.“

Gegen diese Auslegung müssen wir, so weit sie uns betrifft, protestieren. Es muß den Vertretern und Beauftragten der organisierten Arbeiter gestattet sein, in solchen wirtschaftlichen Kämpfen, wie es der unsere einer war, die moralische Qualifikation des Gegners zu beleuchten, noch zumal, wenn derselbe in diesem Kampfe eine gewisse Rolle spielt. Wir haben um so mehr Veranlassung dazu, als die Gegner der Arbeiterbewegung nicht müde werden, die sogenannten „Arbeitswilligen“ als eine Art moralisch höher stehender Musterarbeiter, als „für den Staat besonders nützliche Elemente“ unseren Kollegen gegenüberzustellen, denen alle möglichen Schändlichkeiten angedichtet werden. Was Geistes sind gerade auch der Kläger Böhnhardt war, geht aus seiner Verurteilung in der Gerichtsverhandlung gegen uns hervor. Hier suchte er die Schuld an seinen vielen Vorstrafen auf seinen Vater zu schieben, weil dieser — man hör! — „Sozialdemokrat gewesen wäre und ihn deshalb schlecht erzogen hätte“. Diese pietätlose und unwahrscheinliche Demunziation paßt nach unserer Auffassung vollkommen zu dem Bilde, das die Verurteilung des Böhnhardt und sein Verhalten in unserem Lohnkampfe von seinem Charakter geben. Und dies sollten wir nicht in Wahrung unserer berechtigten Interessen beleuchten dürfen? —

Ueber die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der Welt veröffentlicht das letzte Bulletin des Arbeitsamtes des Staates New York (September 1906) eine interessante Zusammenstellung nach den neuesten vorliegenden Daten. Von einigen der aufgeführten Länder (Australien, Italien, Niederlande, Norwegen) sind die letzten Angaben nur aus dem

Jahre 1901 vorhanden, von den anderen stammen sie von 1905. Es betragen:

Table with 3 columns: Country, Zahl der Mitglieder, Mitglieder in Proz. der Gesamtbevölkerung. Includes entries for Vereinigte Staaten von Amerika, Großbritannien und Irland, Deutschland, Frankreich, Oesterreich, Italien, Belgien, Schweden, Australien, Dänemark, Ungarn, Spanien, Schweiz, Niederlande, Neu-Seeland, Norwegen.

Die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten von Amerika können nur ungefähr angegeben werden, weil zahlreiche Organisationen keine Zahlen über ihre Geschäftszahlen veröffentlichen und viele für ihre Zahlen auch keine besondere Genauigkeit beanspruchen. Die Gesamtzahl der der American Federation of Labor angeschlossenen Mitglieder belief sich Ende Dezember 1905 auf 1 494 300; dazu kommen 250 000 Mitglieder der sieben Straßenbahnorganisationen, die der Federation nicht angeschlossen sind, und manche andere Vereinigungen.

Zum Vergleich der einzelnen Länder unter sich haben wir in der letzten Spalte den Prozentsatz der Organisierten an der Gesamtbevölkerung angegeben. In allen betrachteten Ländern befanden sich unter den rund 346 Millionen Menschen etwas über 8 Millionen organisierte Arbeiter, d. h. 2,3 Proz. Daran sind allerdings die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Irland sowie Deutschland allein mit je fast einem Viertel beteiligt. Den höchsten Anteil an der Gesamtbevölkerung nehmen die organisierten Arbeiter in England; unter 22 Einwohnern ist dort einer organisiert. In Dänemark ist unter 27 Einwohnern einer gewerkschaftlich organisiert, in Neu-Seeland unter 28, in Deutschland unter 31, in Australien und den Vereinigten Staaten unter 38, in Frankreich unter 50 usw. Großbritannien, das nur wenig mehr bevölkert ist als Frankreich, hat über doppelt so viel Gewerkschaftsmitglieder, Australien und Dänemark, beides an Bevölkerung kleine Länder, weisen mehr organisierte Arbeiter auf als Ungarn oder Spanien. Der Staat New York, der kaum ein Viertel der Einwohnerzahlen Oesterreichs oder Italiens aufweist, läßt mit seinen 323 000 Organisierten beide Länder hinter sich.

Das allgemeine Bild, das die Zahlen trotz ihrer Mangelhaftigkeit darbieten, ergibt den enormen Vorsprung der germanischen Länder vor den romanischen auf dem Gebiete des Gewerkschaftswesens. Selbstverständlich ist das größtenteils nur ein Ausdruck für die ungleich stärkere Industrialisierung der germanischen Länder; doch werden andererseits in den romanischen Ländern andere Arbeitergruppen von der gewerkschaftlichen ergriffen. Zudem ist auch in den Ländern, in denen die gewerkschaftliche Bewegung noch verhältnismäßig neu ist, in den letzten Jahren ein außerordentlicher Fortschritt zu beobachten.

Der amerikanische Bericht stellt fest, daß zwar jetzt noch den englisch sprechenden Ländern die Führerschaft in der Gewerkschaftsbewegung zukommt, daß jedoch einige andere Länder jetzt so stark vorwärts schreiten, daß es keinem Zweifel unterliegt, daß sie berufen sind, die Führerschaft zu übernehmen. So Deutschland, wo die Gewerkschaften noch vor einigen Jahren nicht eine Million Mitglieder hatten, wo jetzt aber allein die freien Gewerkschaften im Begriff sind, die zweite Million zu überschreiten. Auch Oesterreich hat in wenigen Jahren seine Gewerkschaftsbewegung verdoppelt, und Ungarn und Italien haben ihre Gewerkschaften überhaupt erst in den letzten fünf Jahren geschaffen. Die Ursache davon liegt ja klar zutage. In den letztgenannten Ländern haben es die Arbeiter verstanden, sich eine unabhängige und kräftig emporkretende politische Vertretung zu verschaffen, während die rein wirtschaftliche Arbeiterbewegung in dem klassischen Lande des Gewerkschaftswesens, in England, sich glatt auf den Sand gesetzt sehen mußte.

(„Frankf. Volksst.“)

Zur Statistik in der Kartonnagenbranche.

Unsere Mahnung in Nr. 46 der „Buchbinder-Zeitung“ ist leider nur von wenigen Orten und Kollegen beachtet worden. Eine

ganze Anzahl von Zahlstellen haben bisher die empfangenen Fragebogen noch nicht an uns eingesandt, und nur einzelne Mitglieder des Verbandes sind unseren Wünschen nachgekommen, über Kartonnagenbetriebe der Provinzorte Auskunft zu erteilen, über die manche Kollegen in Ermangelung jeder anderen Verbindung recht gut Aufschluß geben könnten. Wir wissen sehr wohl, daß es eine mühevollere Arbeit ist für viele unserer Funktionäre, die Fragebogen ausgefüllt zu erhalten. Aber trotz alledem müssen wir wiederholt darauf verweisen, daß, soll endlich einmal die so dringend notwendige Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Kartonnagenbranche Platz greifen, es unumgänglich notwendig ist, ein orientierendes Bild von dieser Branche zu schaffen. Das kann nur durch Feststellung der jeweiligen Verhältnisse geschehen, ist nur zu erkennen durch eine genaue Statistik. Dies dürfte auch bei der Mehrzahl unserer Verbandsfunktionäre als unumgängliche Ueberzeugung gelten.

Wenn wir uns aber zu solcher Ueberzeugung durchgerungen haben, dann ist es auch unsere doppelte Verpflichtung, mit jäher Ausdauer sich der Arbeit hinzugeben und nicht schon beim ersten Verdruß die Plinte ins Korn zu werfen, wie vielfach aus den an uns zugehenden Schreiben hervorgeht.

Deshalb richten wir erneut an die deutsche Kollegenschaft die Bitte, allerorts bestrebt zu sein, in Wälde die noch ausstehenden Fragebogen an uns ausgefüllt einzusenden. Und die Kollegen, die noch vor kurzem in einem Provinzort gearbeitet haben und über Verhältnisse in der Kartonnagenbranche Aufschluß geben können, ersuchen wir erneut und dringend, sich mit uns in Verbindung zu setzen zwecks Ausfüllung solcher Fragebogen. Die Ausfüllung eines Fragebogens bringt für niemand persönlichen Nachteil, da diese nur von der unterzeichneten Kommission verbreitet werden, in unbefugene Hände also gar nicht gelangen. Deshalb, Kollegen, schenkt das kleine Opfer einer mühevollen Tätigkeit nicht,

seid dessen eingebend; Ihr bringt das Opfer für eine gute Sache.

Mit kollegialem Gruß die Zentralkommission der Kartonnagenbranche. S. A.: E. Pfütze, Dresden, Kaufbachstr. 16; I.

Briefkasten.

A. S. in A. Brief kostete Straßporto.
S. L. in Dr. Senden Sie die Abschnitte der Patentadressen ein. Ohne diese gesehen zu haben, kann ich nichts unternehmen.

Adressenänderungen.

Gau IV. Gauvorort Breslau: J. Zahn, Louisenstr. 14 I I.
Verlässliche Bevollmächtigte.
Annaberg-Buchholz: A. Mißbach, Annaberg, Feldgasse 11 p.
Unterstützungs-Anszähler.
Bochum: Z. G. Maier, Hohenzollernstr. 18; den ganzen Tag bis 6 Uhr abends.

Anzeigen.

Deutscher Buchbinder-Verband.

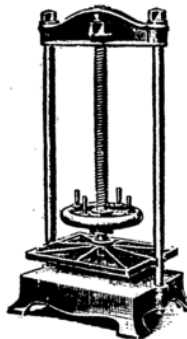
Am 9. Dezbr. verstarb unser langjähr. Mitarbeiter, der Buchbinder **Alfred Kügler** schnell und unerwartet im 32. Lebensjahre. Wir werden dem Dahingefahrenen ein ehrendes Andenken bewahren.
Das Personal der Firma Otto Eisner, Berlin.

Nachruf!
Am 7. d. M. verstarb nach langem Leiden unser Mitglied, die Falgerin **Johanna Hösselbarth** im Alter von 23 Jahren. Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.
Zahlstelle Berlin.

Berlin (Bezirk Steglitz).
Sonabend, den 22. Dezember 1906, 8 1/2 Uhr abends [1,60]
Bezirks-Versammlung
im Restaurant Träger, Steglitz, Schützenstr. 40.
Tages-Ordnung: 1. Das neue Ortsstatut. — 2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Das Erscheinen aller in den Vororten wohnenden Kollegen ist Pflicht.
Die Bezirksleitung. S. A.: B. Träger.

Bekanntmachung.
Folgende **Mitgliedsbücher** sind verloren gegangen. Dieselben sind bei Vorzeigung anzuhalten und dem Bureau, Engel-Ufer 15 II, Zimmer 21, einzufenden:
Karl Kaiser, Nr. 16 451, eingetreten 26. 2. 1898 in Leipzig; **Otto Rahmann**, Nr. 322, eingetreten 1. 5. 1893 in Weimar; **Oskar Feige**, Nr. 61, eingetreten 15. 7. 1894 in Berlin; **Paul Sempel**, Nr. 30 553, eingetreten 1. 9. 1900 in Berlin; **Max Heuttschel**, Nr. 3 770, eingetreten 10. 8. 1895 in Dresden; **Fritz Jbischer**, Nr. 15 219, eingetr. 28. 4. 1906 in Berlin; **Jean Sartoria**, Nr. 19 514, eingetreten 17. 12. 1898 in Berlin; **Berta Sempel**, Nr. 27 988, eingetreten 23. 6. 1900 in Berlin. 818] [2,80
Die Ortsverwaltung der Zahlstelle Berlin.

Berlin
Bekanntmachung.
Am 24., 27. und 31. Dezember ist das Bureau nur bis Mittags 1 Uhr geöffnet. 817] [1,—
Die Ortsverwaltung.
Zum 25. jährigen Geschäfts- und Verbands-Jubiläum unseres lieben Freundes und Kollegen **August Weidenmüller** ein **urkräftiges Mosestin-Geil!** Die titulierende, registrierende, mit Holzhammer arbeitende, Baginas trampelnde und hydraulisch-wässrige Nachbarschaft in der Buchbinderei I i. G. **Edler & Krißke, Hannover.**
Ersuche das Mitglied **Mois Portert** zwecks Befragung, seine Adr. a. E. Pfütze, Dresden, Kaufbachstr. 16 I, einzuf.



K. Bidlingmeyer
G. m. b. H.
Altbach a. N.
liefert
allerbilligst
Schlagrad- u. Stockpressen
in solider Ausführung in 6 verschiedenen Größen.
Lieferung sofort
Prospekte gratis und franco.

Wichtigster, erster Arbeiter, welcher mit der Herstellung von Fächern, Cotillonartikeln, Laternen zc. genau vertraut ist, wird gesucht. **August Guntel**, Luxuspapierfabrik, Leipzig, Bayerstr. 77. [809] [1,—
Nach wie vor
am schnellsten

erhalten Buchbinder Stellungen in ganz Deutschland durch den **Kostenfreien Arbeitsnachweis** von **O. Th. Winckler Leipzig** Seeburgstrasse 47, weil die Liste derjenigen Meister, die Gehilfen suchen, **täglich** erscheint. Diese Liste wird allen anfragenden Buchbindergehilfen **vollständig kostenfrei** zugesandt.

Nur mit den von **F. Klement** in Leipzig bezogenen **Werkzeugen** war es mir möglich, solch ansehnlichen Einband herzustellen. 806] [1,50

Uhren u. Goldwaren
Kaufen die Kollegen **gut und billig** bei **H. O. Diebischer** Leipzig-Neustadt, Allee/straße 16 Alle Reparaturen an Uhren und Goldwaren billig, gewissenhaft und schnell.

JONASS & CO.
Berlin SW. 711
Kommandanten-Strasse Nr. 7-9.
Gegründet 1889
Gefertigt gegen kleine monatliche **Teilzahlungen** die besten Uhren und Goldwaren.
Jährlicher Versand über **12000** Uhren.
Ueber **100 000** Kunden. Viele **1000** Anerkenn.
Katalog mit über **1000** Abbildungen gratis u. frk.

Buchbinder-Männer-Chor Berlin
(M. d. A.-S.-B.) Dirigent Herr Stietz.
Dienstag, den 25. Dezember (1. Weihnachtsfeiertag)
Grosse Weihnachtsfeier
in **Wendts Festsälen**, Münzstrasse 17, Eingang Königsgraben, bestehend in **Konzert, Gesang, Kinderbescherung und Verlosung.**
812] 7,50 Nach dem Konzert: **Grosser Ball.**
Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pfg. nach.
Anfang 5 1/2 Uhr. **Eintritt 30 Pfg.**
Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse der Buchbinder und verwandter Geschäftszweige.

(Eingeschriebene Hilfskasse, Sitz Leipzig.)

Abrechnung des 3. Quartals 1906.

Table with columns for Einnahmen (Receipts), Ausgaben (Expenditures), An Krankenunterstützung wurde ausgegahlt in (Paid for sick relief), Medizin und ärztliche Behandlung (Medical and medical treatment), and Vorhandene Fonds (Existing funds). Rows list various cities and specific medical or administrative costs.

Bilanz:

Summary table for Bilanz showing Einnahme (221 432,45 M.) and Ausgabe (9 000,27 M.), resulting in a Kasienbestand of 212 432,18 M.

Für die Richtigkeit:

Die Revisoren:

Der Kassierer:

H. Schröter. Gustav Gerwien.

H. Städter.

Leipzig, den 7. Dezember 1906.